



19. Oktober 2011

BBW Landesvorstand bekräftigt seine ablehnende Haltung zu den Sparplänen der Landesregierung

Der Landesvorstand des BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) hat heute (19. Oktober 2011) in Karlsruhe seine bisherige ablehnende Haltung zu den Sparplänen der Landesregierung erneuert und seinem Vorsitzenden den Rücken gestärkt. Ein Zugriff auf das Portemonnaie der Beamten sei im Hinblick auf die massiv gestiegenen Steuereinnahmen nicht akzeptabel, zumal die grün-rote Landesregierung an anderer Stelle das Geld mit vollen Händen ausgabe, fasste BBW-Chef Volker Stich die Stimmung in seinem Vorstandsgremium zusammen. Die Botschaft des BBW-Landesvorstands, nachdem BBW-Chef Stich über den Inhalt der Sondierungsgespräche mit Regierungschef Kretschmann, Finanzminister Nils Schmid und den Vorsitzenden der Regierungsfractionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD berichtet hatte: Ein deutliches „Nein“ zu einer verzögerten Besoldungs- und Versorgungsanpassung in 2012 und ein genauso klares „Nein“ zu Eingriffen bei der Beihilfe. Dennoch signalisierte Stich weiter Gesprächsbereitschaft. Allerdings liege jetzt der Ball im Spielfeld der Landesregierung.

Presseberichte, in denen BBW-Chef Volker Stich verkürzt wiedergegeben wurde, hatten die Stimmung im Landesvorstand des BBW zusätzlich angeheizt. Neu ist der Ärger nicht, denn seit bekannt ist, dass die Landesregierung im Haushalt 2012 den Beamten einen dreistelligen Millionenbetrag abverlangen will, formiert sich unter den Betroffenen im Land zunehmend der Protest. Keine Beamtin, kein Beamter zeigt Verständnis dafür, dass bei den Beamten trotz sprudelnder Steuereinnahmen gespart werden soll, und dies auch noch von einer Regierung, die dank vieler Wählerstimmen aus dem Beamtenbereich die Regierungsverantwortung im Land übernehmen konnte. BBW-Chef Volker Stich präzisiert und unterstreicht noch einmal, was er in den zurückliegenden Tagen auch immer wieder gegenüber Pressevertretern gesagt hat: Das Abverlangen eines Beamten-Sonderopfers sei der falsche Weg, sagt Stich und listet begründend auf: Diese Landesregierung habe sich bereits eine wunderbare Stellenvermehrung in der Führungsetage genehmigt, plane weitere zusätzliche Stellen, stelle zudem Geld bereit für die Sanierung von öffentlichen Gebäuden und Straßen, für die Rücknahme von Studiengebühren sowie für ihr bei Fachleuten umstrittenes Bildungsprojekt „Gemeinschaftsschule“. Hinzu kämen noch vage Zusagen für eine 400-Millionen-Finanzspritze an die EnBW. „Sollen dies etwa alles die Beamten bezah-

Presse-
in-
fo

len“, fragt BBW-Chef Stich und mahnt: Das Gegenteil sei angesagt vor dem Hintergrund der Inflationsrate von 2,5 Prozent und der sich stetig vergrößernden Einkommensschere.